Industrie- und Handelskammer zu Köln

Protokoll der Sitzung der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Datum:	28. September 2026
Ort:	Hybride Sitzung (Alte Schalterhalle der IHK Köln und MS-Teams)
Zeit:	17:00–19:00 Uhr

Inhalt

Inhalt 2
Beschlussübersicht 4
Links 4
TOP 1 Protokoll/Aktuelles 5
TOP 2 Politische Themen 6
2.1 Kommunalpolitik/Bundespolitik 6
2.1.1 Kommunikation Rheinbrücken 6
2.2 Bundespolitik 7
2.2.1 Einblick: Stand der Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie 7
2.2.2 Überprüfung des Braunkohleausstiegs 2030 im Rheinischen Revier 8
2.2.3 Resolution „Rhein sichern – Niedrigwasser beherrschbar machen – Wirtschaftsstandort schützen" 9
2.3 Landespolitik 10
2.3.1 Positionspapier und Maßnahmenplan zur Landtagswahl NRW 2027 10
TOP 3 IHK Köln 11
3.1 Projekt „IHK Köln der Zukunft" 11
3.2 Satzung betreffend die Schulung der Gefahrgutfahrerinnen und Gefahrgutfahrer 12
3.3 Übertragung der Zuständigkeit für die IT-Überprüfung großer Versicherungsvermittler 12
3.4 Gremien 13
3.4.1 Kooptationen in die Vollversammlung 13
3.4.2 Video-Berichte aus den Gremien 13
TOP 4 Sonstiges 14

Teilnehmende der Sitzung der Vollversammlung am 28. September 2026

An der Sitzung haben in Präsenz teilgenommen:

Mitglieder der Vollversammlung

Nadja Albrecht, Kim Bauer, Anton Bausinger, Prof. Katja Becker, Ute Biernat, Felix Binsack, Stefan Bisanz, Fred Arnulf Busen, Bernhard Conin, Katharina Esser, Dr. Claudia Eßer-Scherbeck, Sylvia Fehn-Madaus, Sebastian Fränk, Dr. Bastian Franzkoch, Sven Gebhard, Harald Goost, Dr. Ernst Grigat, Dr. Nicole Grünewald, Nina Henschel, Annette Imhoff, Bruno Joachim, Rike Johnsen, Nina Luig, Dr. Michael Metten, Sandra Mortsiefer, Thomas Müller, Dr. Paul Páez-Maletz, Hendrik Pilatzki, Michael Reiss, Jörn Richling, Gottfried Rüßmann, Thilo Schmid, Helmut Schmitz, Hans-Ewald Schneider, Aurel Schoeller, Prof. Dr. Elmar Schuhmacher, Thomas Schumacher, Prof. Michael Schwertel, Willi Stollenwerk, Timo von Lepel, Dr. Heribert Warken, Prof. Dr. Hilmar Wisplinghoff, Sebastian Wolfram, Peter Zens

Gäste der Vollversammlung

Jan Beine, Jens Domenik, Annette Faust, Jan Heitmann, Birgit Heitzer, Dr. Peter Johannes Huppertz, Katharina Jestaedt, Justin L. Kassel, Janis Pimpertz, Seniha Sahin, Roya Sahraeizadeh

Hauptamt

Julia Deitermann, Daniela Dick, Alexander Felsch, Rainer Görtz, Frank Hemig, Philipp Koecke, Detlef Kürten, Jörg Löbker, Petra Lohmann, Janine Mertens, Alena Rej, Jasna Rezo-Flanze, Dr. Tobias Rolfes, Michael Sallmann, Kyra Sänger, Anissa Saysay, Jaana Schnell, Georg Sprenger, Dr. Uwe Vetterlein, Birgit Wirtz, Susanne Wollenweber, Dirk Zacke

An der Sitzung haben virtuell teilgenommen:

Mitglieder der Vollversammlung

Dr. Christina Behrens, Andreas Bettermann, Ralph Bombis, Stephan Drouvé, Anke Eickhoff, Martin Finke, Mike Gahn, Marina Gouva, Georg-Maximilian Heggemann, Dr. Daniel Koch, Dr. Martin Küster, Dr. Andrea Maessen, Ralf Müller, Jürgen Pütz, David Roth, Alina Schmidt, Sven C. Sixt, Michael Volkmann, Prof. Dr. Christoph Willers, Claudia Zimmer, Andreas Zittlau

Gäste der Vollversammlung

Selma Cakir, Ulrike Franzke, Michael Kahnert, Prof. Dr. Werner Schwaderlapp

Nicht teilnehmen konnten:

Mitglieder der Vollversammlung

Laura Abels, Ann-Sophie Bauwens-Adenauer, Fabian Bauwens-Adenauer, Heinrich Philipp Becker, Stefan Büscher, Johannes Cramer, Alicia Dahm, Oliver Dillenburger, Susanne Fabry, Louise Farina, Carina Flosbach, Stefan Frey, Tina Gerfer, Bernhard Graner-Sommer, Björn Griesemann, Norbert Hentschel, Mariska Hoffmann, Dorothee Junck, Uwe Kessel, Franz Josef Khalifeh, Christopher Landsberg, Roland Lenzing, Stefan Löcher, Dr. Sarah Opitz, Tarja Radler, Nina Remagen, Heribert Schamong, Wolfgang Schwade, Lionel Souque, Prof. Sibylle Stürmer, Dr. Christoph Tettinger, Tatjana Voigt, Ulrich Voigt, Dr. Sandra von Möller, Dr. Markus Wiedenmann, Karin Will, Astrid Windfuhr, Markus Wißkirchen, Turadj Zarinfar, Julia Zeidler, Ortrun Zipperlin

Ehrenpräsident Paul Bauwens-Adenauer

Ehrenmitglieder der Vollversammlung

Theodor Josef Greif, Dr. Hermann H. Hollmann, Christian Peter Kotz, Karl Kriegeskorte, Dirk Malmedé, Prof. h.c. Manfred Maus, Franz Sauer

Gäste der Vollversammlung

Christian Borch, Roland Brinkmann, Guido Clever, Manuela G. Czowalla, Dr. Carsten Föhlisch, André Frowein, Dr. Christoph Geskes, Judith Gövert, Christoph Kaminski, Bastian Lublinsky, Moritz Mertens, Michael Pfeiffer, Ralf Rademann, Fabian Rensch, Hans-Jakob Reuter, Roger Ringel, Carsten Schweneker, Dr. Arndt Selbach, Remi Selbach, Denis Steker, Till O. Voss, Enrico Wendt, Marc Zimmermann

Beschlussübersicht

Beschluss	Schlagwort
1	Resolution „Rhein sichern – Niedrigwasser beherrschbar machen – Wirtschaftsstandort schützen"
2	Positionspapier „IHK Köln für ein besseres NRW"
3	Satzung betreffend die Schulung der Gefahrgutfahrerinnen und Gefahrgutfahrer
4	Übertragung der Aufgaben nach § 34d Abs. 13 Gewerbeordnung (GewO) auf die IHK für München und Oberbayern
5	Zuwahl Seniha Sahin in Wahlgruppe 9

Links

IHK Köln der Zukunft:
https://www.ihk.de/koeln/hauptnavigation/ihre-ihk/ihk-der-zukunft-6249258

Video-Berichte aus den Gremien:
https://www.youtube.com/watch?v=zAokwKckYM0

Stimmen aus der Wirtschaft zur Verkehrssituation:
https://www.ihk.de/koeln/hauptnavigation/mobilitaet-und-logistik/brueckenkrise

TOP 1 Protokoll/Aktuelles

Nicole Grünewald eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Teilnehmenden im Saal und an den Bildschirmen. Sie teilt mit, dass es zum Protokoll der Vollversammlung vom 1. Juli 2026 keine Änderungswünsche gab. Das Protokoll wurde am 12. August 2026 auf der Website der IHK Köln veröffentlicht.

Sie begrüßt Katharina Jestaedt, Abteilungsleiterin Gleichstellung im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), als Gast der Vollversammlung. Katharina Jestaedt wird unter TOP 2.2.1 einen Einblick in den aktuellen Stand der Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie in deutsches Recht geben.

Nicole Grünewald gratuliert Kim Bauer herzlich zu ihrem runden Geburtstag.

Nicole Grünewald würdigt anschließend das 25-jährige Firmenjubiläum der FSE PORTFOLIO Management GmbH, die im Jahr 2001 von Claudia Eßer-Scherbeck und Ulrich Scherbeck als 100-prozentige Tochter der SE Scherbeck Energy GmbH in Hürth gegründet wurde. Die FSE ist ein spezialisierter Dienstleister für Energiehandel und Energiemanagement und unterstützt Stadtwerke, Energieversorger sowie energieintensive Unternehmen bei der Beschaffung, Vermarktung, Analyse und Steuerung von Strom- und Erdgasportfolios, betreut 12 Terrawattstunden Energievolumen und ist einer der führenden unabhängigen Dienstleister in diesem Segment in Deutschland. Sie gratuliert Claudia Eßer-Scherbeck herzlich und überreicht ihr die Urkunde zum Firmenjubiläum.

Nicole Grünewald leitet über zum Thema „Olympia-Bewerbung", bei der sich München gegen KölnRheinRuhr durchgesetzt hat. Das war überraschend, zumal Oberbürgermeister Torsten Burmester ja zuvor mehrere Jahre Vorstandsvorsitzender beim DOSB und dort bereits für die Olympiabewerbung verantwortlich war. Wichtig ist es jetzt, nach vorne zu schauen und die wegen Olympia zurückgestellte Projekte jetzt zügiger anzugehen. Ein Beispiel ist der seit nunmehr bereits 17 Jahren geplante neue Stadtteil Kreuzfeld, wo das Olympische Dorf entstehen sollte. Vor den Olympia-Plänen sollten dort 3.500 Wohnungen für 8.000 Menschen, fünf Schulen und neun Kindertagesstätten entstehen. Auch bei den Kölner Brücken muss der Zeitplan unabhängig von Olympia deutlich gestrafft werden. Dazu gab es zwei Resolutionen der IHK Köln, die jetzt umgesetzt werden müssen.

Uwe Vetterlein stellt kurz den Stand der von der IHK Köln beauftragten Untersuchung zur Mülheimer Brücke vor. Anlass war die Diskussion um eine mögliche Reduzierung der bisherigen Fahrspuren für Autos nach der Sanierung von vier auf zwei, um dann vier Fahrradspuren (zwei in jede Richtung) einrichten zu können. Die Gutachter kommen zu dem erwarteten Ergebnis, dass für eine leistungsfähige Verkehrsabwicklung weiterhin vier Fahrspuren für Autos erforderlich sind, zwei in jede Richtung. Die IHK Köln wird die Ergebnisse der Stadt Köln mitteilen und die weitere Diskussion begleiten. **Nicole Grünewald** dankt dem Team Mobilität für die Beauftragung und Begleitung des Gutachtens.

Nicole Grünewald betont mit Blick auf die Bundespolitik, wie dringend eine zeitnahe Senkung der Energiekosten und die Verringerung von Bürokratie für die Wirtschaft sind. Sie zitiert aus einem Gespräch den CEO von Covestro, Markus Steilemann, der darauf verwiesen hat, dass sich für Investitionsentscheidungen in der chemischen Industrie ein Zeitfenster schließt. Deutschland gehört weiterhin zu den Ländern mit den höchsten Energiepreisen. Bei Strom und Gas für Unternehmen liegt Deutschland in der Europäischen Union in der Spitzengruppe. Zugleich zahlt die energieintensive Industrie in Europa für Strom etwa doppelt so viel wie in den USA, in China sind die Energiekosten noch niedriger.

Aus Sicht der IHK Köln gehören die Energiekosten deshalb dringend ganz vorne auf die Reformagenda der Bundesregierung. Auf Grundlage der Beschlüsse der Vollversammlung setzt sich die IHK Köln dafür ein, die deutsche CO_2-Abgabe abzuschaffen und die Stromsteuer, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, für alle zu senken. Stattdessen werden erneut kurzfristige und teure Einzelmaßnahmen wie der Tankrabatt diskutiert.

Sie kritisiert, dass die Reformen wegen wechselseitiger Blockaden nach wie vor ins Stocken geraten, und fordert die Einhaltung der Zusagen aus dem Koalitionsvertrag und der gegebenen Versprechen von Bärbel Bas und Friedrich Merz. Denn ohne zügige Reformen werden sich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft nicht verbessern.

Uwe Vetterlein erläutert anhand einer Grafik, dass das Versprechen, das Sondervermögen für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur zu verwenden, nicht gehalten wird. Im Bundeshaushalt standen für 2024

ohne Sondervermögen rund 30 Mrd. Euro für Verkehrsinvestitionen zur Verfügung. Im Haushaltsentwurf 2027 werden 18 Mrd. Euro aus dem regulären Verkehrsetat gestrichen und durch 18 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen ersetzt. 2027 sollen also inklusive Sondervermögen die gleichen 30 Mrd. Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden wie vorher ohne Sondervermögen. Die erhofften Mehrinvestitionen in die marode Infrastruktur können also nicht kommen, da die gegenüber normalen Zeiten gestrichenen Mittel zusätzlich für Sozialausgaben eingesetzt werden. Aus Sicht der IHK Köln dürfen zusätzliche Schulden nur gemacht werden, wenn sie wirklich in unsere Infrastruktur investiert werden.

Nicole Grünewald weist darauf hin, dass die aktuelle Wachstumsprognose von über einem Prozent zwar erfreulich ist, dass dieses Wachstum aber vor allem auf die zusätzliche Staatsverschuldung sowie Lager- und Lieferketteneffekte zurückzuführen ist. Substanzielles Wachstum entsteht erst durch neue Investitionen. Davon ist Deutschland aber weit entfernt. Im Gegenteil verliert der Standort fortlaufend wirtschaftliche Substanz. Die Lage bleibt ernst. Umso dringender brauchen wir weniger Bürokratie, geringere Energiekosten und eine leistungsfähige Infrastruktur. Ein Umsteuern muss jetzt passieren, denn unsere Unternehmen haben nicht mehr viel Zeit. Sie müssen jetzt wieder wettbewerbsfähig hier am Standort Deutschland arbeiten können.

TOP 2 Politische Themen

2.1 Kommunalpolitik/Bundespolitik

2.1.1 Kommunikation Rheinbrücken

Nicole Grünewald leitet zum Thema Rheinbrücken über und führt aus, dass die IHK Köln die Diskussion um den Zustand der Rheinbrücken und der Verkehrsinfrastruktur im Rheinland seit mehreren Jahren eng begleitet. Mit Blick auf die zunehmenden Einschränkungen und die Folgen für die Wirtschaft hat die IHK Köln die Kommunikation zu diesem Thema weiter intensiviert.

Die von der Vollversammlung am 1. Juli 2026 beschlossenen Resolutionen „Sanierung der Rheinbrücken beschleunigen und bis 2040 abschließen!" und „Verkehrsinfarkt abwenden. Brücken sanieren. Jetzt handeln!" müssen umgesetzt werden. Dazu ist es notwendig, die Auswirkungen der angespannten Brückensituation auf Unternehmen, Lieferketten, Beschäftigte und Pendlerverkehre sichtbar zu machen und den Handlungsdruck auf Politik und Verwaltung zu erhöhen.

Alexander Felsch stellt die Ergebnisse der Unternehmensbefragung als ersten Baustein der Kommunikation vor. Mehr als 1.000 Unternehmen aus dem gesamten IHK-Bezirk haben sich an der Befragung beteiligt. Im Mittelpunkt standen die Sperrung der Bonner Nordbrücke und die Einschränkungen im Bereich Köln-Eifeltor auf der A4. Die Ergebnisse zeigen die massive Betroffenheit der Unternehmen: Mehr als zwei Drittel der teilnehmenden Unternehmen sind direkt oder indirekt von der Sperrung der Bonner Nordbrücke betroffen. Mehr als die Hälfte der Unternehmen sagt das auch bezogen auf die Situation am Eifeltor. Rund 78 Prozent gaben an, dass sich Fahrzeiten um mindestens 15 Minuten verlängert haben oder deutlich weniger planbar sind. Die IHK Köln hat die Ergebnisse bewusst während der Sommerferien vorgestellt, um in einer nachrichtenärmeren Zeit größere Aufmerksamkeit für das Thema zu erzielen. Die Befragung stieß auf breites mediales Interesse bei regionalen Zeitungen und Magazinen, Radio- und Fernsehsendern.

Als weiterer Baustein wurden Video-Statements mit betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern aus dem Ehrenamt der IHK Köln produziert. Die Videos zeigen anhand konkreter Beispiele, welche Folgen die maroden Brücken, Sperrungen und Staus für Produktionsabläufe, Logistik, Kosten und Planungssicherheit haben. Diese authentischen Stimmen haben in den sozialen Medien eine hohe Reichweite erzielt. Er dankt den Beteiligten für ihre Unterstützung.

Alexander Felsch stellt auf einer Grafik die Entwicklung der Stausituation in und um Köln durch die Sperrungen und weitere Einschränkungen dar. Die Staudaten des ADAC wurden wissenschaftlich ausgewertet,

um die Auswirkungen der Sperrung der Bonner Nordbrücke auf die Verkehrslage im Raum Köln zu erfassen. Die Daten belegen mehr und längere Staus sowie eine deutliche Zunahme der in den Staus verlorenen Zeit. Auf dieser Basis lassen sich die volkswirtschaftlichen Schäden der aktuellen Brückensituation berechnen. Dies soll in einem nächsten Schritt geschehen. Ziel ist es, die finanziellen Auswirkungen der zunehmenden Staus und Behinderungen zu ermitteln und so weiteren Handlungsdruck zu erzeugen. Die IHK Köln wird also konsequent daran arbeiten, dass bei den Brücken frühzeitiger geplant, parallel gearbeitet und so die Sanierungen deutlich beschleunigt werden.

Nicole Grünewald dankt allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich mit ihren Erfahrungsberichten an der Kampagne beteiligen. Sie unterstreicht, dass die IHK Köln das Thema Brückeninfrastruktur weiter intensiv begleiten wird. Die Brückensituation bleibt für die Unternehmen in Köln und der Region ein zentrales Standortthema. Die IHK Köln wird deshalb sowohl über klassische Medien als auch über Social Media weiter öffentlich auf die Auswirkungen für Wirtschaft, Lieferketten und Beschäftigte hinweisen.

Die Kampagnen-Videos sind unter folgendem Link abrufbar:
https://www.ihk.de/koeln/hauptnavigation/mobilitaet-und-logistik/brueckenkrise

2.2 Bundespolitik

2.2.1 Einblick: Stand der Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie

Nicole Grünewald verweist auf die Resolution der Vollversammlung vom 1. Juli 2026 „Noch mehr Bürokratie verhindern: Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie (EU) 2023/970 aussetzen und überdenken!". Im Nachgang gab es hierzu einen gemeinsamen Gesprächstermin mit dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), an dem Katharina Jestaedt, Abteilungsleiterin Gleichstellung, mit Mitarbeitenden und von Seiten der IHK Köln Elmar Schuhmacher, Susanne Wollenweber und Uwe Vetterlein teilnahmen. Dabei wurden die Kritikpunkte und Änderungsvorschläge aus der Resolution anhand von Praxisbeispielen erläutert. Sie bedankt sich dafür, dass Katharina Jestaedt auch bereit ist, sich den Fragen der Vollversammlungsmitglieder zu stellen, begrüßt sie in der Vollversammlung und bittet sie um einen Einblick in den aktuellen Stand der Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie in deutsches Recht.

Katharina Jestaedt führt aus, dass Entgeltgleichheit gesellschaftlich und wirtschaftlich relevant ist, insbesondere mit Blick auf Fachkräftesicherung, Leistungsmotivation und moderne Vergütungssysteme. Zugleich ist Entgelttransparenz aus Sicht ihres Ministeriums nur ein Baustein in einem größeren Zusammenhang. Die Sorgen der Unternehmen vor zusätzlicher Bürokratie nehme das Ministerium ernst.

Eine Aussetzung oder Neuverhandlung der Richtlinie auf europäischer Ebene ist nach verschiedenen Gesprächen ihres Hauses in Brüssel nicht durchsetzbar. Deutschland ist daher zur Umsetzung verpflichtet. Das BMBFSFJ strebt eine 1:1-Umsetzung ohne zusätzliche nationale Verschärfungen an.

Wesentlichen Elemente sind: Bewerberinnen und Bewerber sollen künftig spätestens vor dem Vorstellungsgespräch erfahren, welches Gehalt oder welche Gehaltsspanne vorgesehen ist. Die Frage nach dem früheren Gehalt soll entfallen. Beschäftigte erhalten einen erweiterten Auskunftsanspruch über das durchschnittliche Entgelt einer Vergleichsgruppe. Außerdem sieht die Richtlinie Berichtspflichten zu Entgeltunterschieden vor, zunächst für Arbeitgeber ab 150 Beschäftigten, später auch ab 100 Beschäftigten.

Für die Umsetzung sind nach ihren Ausführungen verschiedene Erleichterungen geplant. Tarifverträge sollen berücksichtigt werden. Der Auskunftsanspruch soll auf tatsächlich vorhandene Vergleichsgruppen und wesentliche Entgeltbestandteile begrenzt werden. Zudem soll ein nicht abschließender Katalog sachlicher Gründe für Entgeltunterschiede in das Gesetz aufgenommen werden, etwa unterschiedliche Arbeitsmarktregionen, Fachkräftemangel in bestimmten Berufen oder individuelle Leistung. Konkrete Einzelgehälter sollen nicht offengelegt werden müssen. Außerdem sollen die Fristen für Berichts- und Auskunftspflichten so weit nach hinten verschoben werden, dass Unternehmen und Softwareanbieter ausreichend Vorbereitungszeit erhalten. Ergänzend sind digitale Hilfsangebote insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen vorgesehen.

Nicole Grünewald dankt Katharina Jestaedt für ihre Ausführungen.

In der anschließenden Diskussion äußern mehrere Unternehmerinnen und Unternehmer deutliche Kritik an der Richtlinie.

Felix Binsack schildert aus Sicht eines Software- und Beratungsunternehmens, dass Tätigkeiten seiner Mitarbeitenden in der Praxis nur schwer vergleichbar sind. Die Bildung belastbarer Vergleichsgruppen wäre daher aufwendig und rechtlich angreifbar. **Michael Metten** ordnet die Richtlinie als weiteres Beispiel für eine Entwicklung ein, bei der grundsätzlich nachvollziehbare Ziele in der Umsetzung zu zusätzlicher Bürokratie, Rechtsunsicherheit und Belastung für Unternehmen führen. **Heribert Warken** ergänzt, dass die Vielzahl der zeitgleich auf die Unternehmen einwirkenden zusätzlichen Vorschriften produktive Zeit bindet, die in der aktuellen wirtschaftlichen Lage dringend an anderer Stelle benötigt wird.

Katharina Jestaedt äußert Verständnis für die Situation in den Unternehmen. Die Bundesregierung ist jedoch zur rechtstreuen Umsetzung der europäischen Richtlinie verpflichtet. Die Vorgaben sollen aber so praktikabel wie möglich ausgestaltet werden. Wegen der wirtschaftlichen Lage und der zeitgleichen Umsetzung weiterer europäischer Regulierungen sollen die Umsetzungsfristen für die Unternehmen so weit wie möglich nach hinten verschoben werden.

Rike Johnsen weist darauf hin, dass die verspätete nationale Umsetzung für Unternehmen bereits jetzt Unsicherheit auslöst. Auch tarifgebundene Unternehmen erhalten erste Anfragen, ohne dass ein klarer deutscher Rechtsrahmen vorliegt.

Katharina Jestaedt stellt klar, dass die Richtlinie für private Unternehmen nicht unmittelbar gilt, solange es kein nationales Gesetz gibt.

Hans-Ewald Schneider erwähnt das neue Bundestariftreuegesetz als weitere bürokratische Belastung.

Nicole Grünewald stimmt dem zu. Sie erläutert, dass für das Bundestariftreuegesetz das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zuständig ist und nicht das Familienministerium, das Katharina Jestaedt vertritt.

Harald Goost dankt Katharina Jestaedt für die offene Diskussion und macht deutlich, dass die Entgelttransparenzrichtlinie beispielhaft für eine politische Entwicklung steht, bei der immer neue Anforderungen auf die Unternehmen zukommen.

Aurel Schoeller weist ergänzend darauf hin, dass europäische Regulierung nicht ohne Mitwirkung der Mitgliedstaaten, also auch der Bundesregierung, entsteht.

Katharina Jestaedt sagt dazu, dass Deutschland sich bei der Abstimmung über die Entgelttransparenzrichtlinie enthalten hat.

Nicole Grünewald fasst zusammen, dass für viele Unternehmen die Entgelttransparenzrichtlinie ein weiterer Mosaikstein einer wachsenden Regulierungsdichte ist, die den Mittelstand täglich Zeit, Geld und Nerven kostet. Sie erinnert daran, dass die Bundesregierung mit dem Versprechen angetreten sei, Bürokratie ab- und nicht weiter aufzubauen. Sie bedankt sich herzlich bei Katharina Jestaedt für ihr Kommen und die Bereitschaft, sich der Diskussion mit den Unternehmerinnen und Unternehmern der Vollversammlung zu stellen. Sie bittet sie, die Rückmeldungen und auch die Stimmung aus Köln nach Berlin mitzunehmen.

2.2.2 Überprüfung des Braunkohleausstiegs 2030 im Rheinischen Revier

Nicole Grünewald führt aus, dass die Vollversammlung am 26. März 2026 die Bundesregierung aufgefordert hat, die Überprüfung des Kohleausstiegs so rechtzeitig einzuleiten, dass die Ergebnisse spätestens zum gesetzlich vorgeschriebenen Termin am 15. August 2026 vorliegen. Die IHK Köln hat dazu Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche sowie Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, angeschrieben.

Die Überprüfung wurde – wie auch schon beim letzten Mal 2022 – abermals nicht fristgerecht vorgelegt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat die Veröffentlichung auf das Frühjahr 2027 verschoben. Begründet wird dies damit, dass die Ergebnisse der Ausschreibungen für neue Gaskraftwerke abgewartet werden sollen. Aus Sicht der IHK Köln führt diese Verschiebung zu weiterer Unsicherheit. Zudem besteht die wohl begründete Sorge, dass der Prüfbericht erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 25. April 2027 veröffentlicht werden soll.

Für das Rheinische Revier ist die aktuelle Überprüfung von besonderer Bedeutung. Denn bei dieser Überprüfung muss entschieden werden, ob die drei letzten Kraftwerksblöcke 2030 endgültig abgeschaltet oder weiterbetrieben werden. Die Verschiebung der Überprüfung auf nächstes Jahr ist auch deshalb nicht nachvollziehbar, weil es bis 2030 gar nicht mehr möglich ist, die als Ersatz notwendigen Gaskraftwerke zu bauen und ans Netz zu bringen. Hinzu kommen Engpässe beim Netzausbau und bei Netzanschlüssen, die neue industrielle Ansiedlungen im Rheinischen Revier erschweren.

Sie weist darauf hin, dass der Strukturwandel nur gelingen kann, wenn wegfallende Arbeitsplätze durch neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze ersetzt werden. An der Kohle hängen direkt und indirekt rund 15.000 Arbeitsplätze. Gerade mittelständische Zulieferbetriebe brauchen jetzt Planungssicherheit, auch mit Blick auf Personalplanung, Altersteilzeitmodelle und Investitionsentscheidungen. Viele Unternehmen stehen vor der Frage, ob sie sich noch auf einen längeren Weiterbetrieb einstellen sollen oder sich auf eine Schließung im Jahr 2030 vorbereiten müssen. Sie führt aus, dass über die Hälfte der Mitgliedsunternehmen die Politik als großes Standortrisiko sieht. Es ist nicht vertrauensfördernd, wenn die Bundesregierung sich nicht an Gesetze hält und die Landesregierung dazu schweigt.

Die IHK Köln fordert deshalb nachdrücklich, dass die Bundesregierung zeitnah eine Entscheidung zum Kohleausstieg 2030 trifft. Das unrealistische Datum 2030 darf allerdings nicht durch ein weiteres Datum ohne tragfähige Grundlage ersetzt werden. Notwendig ist eine Kraftwerksstrategie, die die Verzögerungen beim Bau neuer Kraftwerke, den wachsenden Strombedarf der Industrie sowie zusätzliche Bedarfe durch KI-Rechenzentren und weitere Zukunftstechnologien berücksichtigt. Auf dieser Grundlage muss über die Zeitpunkte der Abschaltung der Kohlekraftwerke neu entschieden werden. Wenn nötig, muss dafür auch das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz geändert werden.

Sie berichtet, dass das Thema durch eine breit angelegte Medienarbeit bereits hohe Aufmerksamkeit erhalten hat. Nach einem Interview mit der Rheinischen Post folgten unter anderem Berichte von WDR, Bild, Welt, Welt am Sonntag und Deutschlandfunk. Auch viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Rheinischen Revier reden inzwischen Klartext. Die IHK Köln wird das Thema weiter öffentlich begleiten und sich gemeinsam mit Politik, Kommunen und Unternehmen dafür einsetzen, dass Energieversorgung, Netzanschlüsse und Strukturwandel im Rheinischen Revier realistisch vorangetrieben werden.

2.2.3 Resolution „Rhein sichern – Niedrigwasser beherrschbar machen – Wirtschaftsstandort schützen"

Nicole Grünewald leitet zur Resolution „Rhein sichern – Niedrigwasser beherrschbar machen – Wirtschaftsstandort schützen" über. Sie weist darauf hin, dass die niedrigen Rheinpegel weiterhin ein aktuelles und wirtschaftlich relevantes Thema sind. Besonders für Rohstoffe, Energieversorgung mit Gas, Rohöl und Kohle sowie den Transport von chemischen Produkten ist die Binnenschifffahrt von strategischer Bedeutung. Allein auf dem deutschen Abschnitt des Rheins werden ca. 150 Mio. Tonnen Güter transportiert.

Am Sitzungstag liegt der Rheinpegel in Köln bei 37 Zentimetern, der Pegel Kaub bei zwei Zentimetern, beides Rekordtiefstände. Pegelstände sind zwar nicht mit der tatsächlichen Wassertiefe in der Fahrrinne gleichzusetzen. Viele Schiffe können aber bei diesen Wasserständen nicht mehr oder nur noch mit geringer Ladung fahren.

Vom Niedrigwasser sind natürlich nicht nur Gütertransporte betroffen, sondern auch Unternehmen der Personen- und Kreuzfahrtschifffahrt. Die eingeschränkte Schiffbarkeit des Rheins belastet die Unternehmen erheblich: fehlender Nachschub, Einschränkungen in der Produktion, steigende Transportkosten und Umsatzausfälle im Tourismus. Die IHK Köln hat deshalb gemeinsam mit dem Ausschuss für Mobilität die Resolution vorbereitet.

Uwe Vetterlein stellt die Eckpunkte der Resolution vor. Im Mittelpunkt stehen zwei Handlungsfelder. Erstens müssen die seit Jahren bekannten Problempunkte im Rhein angegangen werden. An mehreren Stellen sind Vertiefungen der Fahrrinne erforderlich. Diese Maßnahmen sind für den Niederrhein bis Köln bereits im Bundesverkehrswegeplan enthalten, aber nie umgesetzt worden. Im Kölner IHK-Bezirk geht es zusätzlich um eine leichte Vertiefung der Fahrrinne an der Deutzer Platte oberhalb der Deutzer Brücke und um eine Verbreiterung der Fahrrinne bis zum Hafen Köln-Godorf. Am Mittelrhein bis Kaub sind weitere Vertiefungen erforderlich.

Zweitens muss der Rhein gemeinsam mit Schiene und Straße für die Gütertransporte als Gesamtsystem betrachtet werden. Niedrigwasserphasen dürfen nicht isoliert behandelt werden. Vielmehr braucht es eine abgestimmte Planung, damit bei eingeschränkter Schiffbarkeit nicht gleichzeitig zentrale Ausweichkorridore auf Straße und Schiene durch Baustellen ausfallen. In der Resolution wird deshalb ein Masterplan vorgeschlagen, der die Rheinschifffahrt, die Häfen, den Schienenverkehr und den Straßengüterverkehr umfasst.

Bei den Wasserstraßenbehörden und beim Personal für Planung und Bau soll im Rahmen pauschaler Kürzungen gespart werden. Dass das nicht sinnvoll ist, liegt auf der Hand. Auch dieser Sachverhalt ist in die Resolution eingearbeitet.

Peter Huppertz weist in der anschließenden Diskussion darauf hin, dass nicht nur die Fahrrinne selbst, sondern auch die Zufahrten zu den Häfen berücksichtigt werden müssen. Teilweise könnten Schiffe zwar noch auf dem Rhein fahren, die Häfen aber nicht mehr anlaufen. **Uwe Vetterlein** bestätigt, dass die Vertiefung der Hafenzufahrten in der Resolution enthalten ist.

Ernst Grigat bringt den Bau von Staustufen ein. Er macht deutlich, dass es sich dabei um ein Jahrhundertprojekt handelt, das derzeit politisch kaum realistisch ist, aber mit Blick auf Niedrig- und Hochwasserphasen sowie eine mögliche Energiegewinnung geprüft werden sollte. **Uwe Vetterlein** verweist diesen Vorschlag zur Diskussion und Prüfung an den Ausschuss.

Helmut Schmitz weist darauf hin, dass die Annahme, Güter könnten bei Niedrigwasser kurzfristig auf die Straße verlagert werden, in der Praxis nicht trägt. Auch eine Ausweitung von Fahrmöglichkeiten am Wochenende löse das Problem nicht, da Fahrpersonal gesetzlichen Ruhezeiten unterliegt und in der Logistikbranche ohnehin Personalmangel besteht.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Das ist nicht der Fall. Sie stellt die Resolution zur Abstimmung.

BESCHLUSS 1

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Resolution „Rhein sichern – Niedrigwasser beherrschbar machen – Wirtschaftsstandort schützen".

Ja: 39 Enthaltung: 0 Nein: 0

Nicole Grünewald dankt dem Ausschuss für Mobilität für die Vorbereitung der Resolution.

2.3 Landespolitik

2.3.1 Positionspapier und Maßnahmenplan zur Landtagswahl NRW 2027

Nicole Grünewald leitet zum Tagesordnungspunkt „Positionspapier und Maßnahmenplan zur Landtagswahl NRW 2027" über. Ziel der IHK Köln ist es, die Stimme der Wirtschaft frühzeitig und parteiübergreifend in die Vorbereitung der Landtagswahl einzubringen. Die wirtschaftspolitischen Forderungen sollen möglichst bereits in die Wahlprogramme und in die Gespräche mit den Kandidierenden einfließen.

In Zusammenarbeit mit den politischen Ausschüssen der IHK Köln wurden zahlreiche landespolitische Themen diskutiert und zu einem kompakten Positionspapier „IHK Köln für ein besseres NRW" gebündelt. Das Papier konzentriert sich auf vier Themenfelder:

- Für sichere Energie und einen gelungenen Strukturwandel,
- für eine moderne Infrastruktur und bessere Mobilität,
- für mehr Fachkräfte und eine starke berufliche Bildung,
- für Bürokratieabbau und schnellere Genehmigungen.

Nicole Grünewald erläutert, dass die Forderungen der Wirtschaft bewusst positiv formuliert wurden. Ziel ist es, klar und deutlich aufzuzeigen, welche Rahmenbedingungen die Unternehmen brauchen, damit Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich vorankommt. Diese positiven Formulierungen sollen zu einer konstruktiven Kommunikation mit Politik und Kandidierenden beitragen.

Nach Beschluss der Vollversammlung soll das Positionspapier an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie an die Kandidierenden im IHK-Bezirk versendet werden. Es bildet zugleich die Grundlage für die Wahlforen mit den Kandidierenden. Weitere fachpolitische Aspekte, die in den Ausschüssen besprochen wurden, sollen mit den jeweils zuständigen Kandidierenden vertieft werden.

Zur Begleitung der Landtagswahl 2027 bereitet die IHK Köln verschiedene Veranstaltungen und Formate vor. Geplant sind Wahlforen in den Regionen des IHK-Bezirks sowie eine zentrale Wahlveranstaltung in Köln mit den Spitzenkandidierenden. Die für die Kölner Wahlkreise Kandidierenden sollen im Anschluss an die Debatte die Möglichkeit erhalten, persönlich mit den Unternehmerinnen und Unternehmern ins Gespräch zu kommen. Ziel ist es, die Kandidierenden für die Bedürfnisse der Mitgliedsunternehmen zu sensibilisieren und die Forderungen der IHK Köln mit Beispielen aus der unternehmerischen Praxis zu unterlegen.

Das Präsidium hat den Entwurf des Positionspapiers und den Maßnahmenplan zur Landtagswahl NRW 2027 in seiner letzten Sitzung beraten und empfiehlt der Vollversammlung den Beschluss des Positionspapiers.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob es Fragen oder Anmerkungen gibt. Das ist nicht der Fall. Sie verliest den Beschlusstext und stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 2

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt das Positionspapier „IHK Köln für ein besseres NRW".

Ja: 53 Enthaltung: 0 Nein: 1

TOP 3 IHK Köln

3.1 Projekt „IHK Köln der Zukunft"

Nicole Grünewald leitet zum Tagesordnungspunkt „IHK Köln der Zukunft" über. Sie führt aus, dass sich viele Mitglieder der Vollversammlung vor der Sitzung im Rahmen von zwei Baustellenführungen ein eigenes Bild vom Stand des Projekts gemacht haben. Anschließend bittet sie Georg Sprenger um den aktuellen Statusbericht.

Georg Sprenger stellt die wesentlichen Fortschritte vor. Die Rückbauarbeiten im Bestand sind weitgehend abgeschlossen; ausstehend ist insbesondere noch die Absenkung des Erdgeschosses im Bereich Börsenplatz. Die Arbeiten im Neubaubereich und an der Technikebene unter dem Börsensaal haben begonnen. Im Bestandsgebäude auf der Seite zu Unter Sachsenhausen werden bereits die neuen Fenster eingebaut. Ziel ist es, bis zum Jahresende die Dachabdichtung und den Fenstereinbau im Bestand weitgehend abzuschließen, damit anschließend der Innenausbau starten kann.

Zur fortgeschriebenen Kostenaufstellung erläutert **Georg Sprenger**, dass die Aufwendungen für Eigenleistungen der IHK Köln, insbesondere Rückbau- und Abbrucharbeiten, unverändert im Rahmen sind. Von besonderer Bedeutung ist nun die Haustechnik. Die Gewerke sind ausgeschrieben; die Rückläufe werden ausgewertet. Da die beteiligten Unternehmen um zusätzliche Bearbeitungszeit gebeten haben, können hierzu noch keine abschließenden Zahlen vorgestellt werden. Die Auswertung wird in den kommenden Wochen erfolgen.

Nicole Grünewald erkundigt sich, ob es Fragen zum Projekt gibt. Das ist nicht der Fall.

3.2 Satzung betreffend die Schulung der Gefahrgutfahrerinnen und Gefahrgutfahrer

Nicole Grünewald leitet zum Tagesordnungspunkt „Satzung betreffend die Schulung der Gefahrgutfahrerinnen und Gefahrgutfahrer" über. Hintergrund der Anpassung ist, dass nach Vorgabe des Bundesministeriums für Verkehr künftig auch Online-Schulungen in Form von E-Learning und Fernunterricht für Gefahrgutfahrende ermöglicht werden sollen. Der DIHK-Arbeitskreis Beförderung gefährlicher Güter hat die Mustersatzung entsprechend angepasst.

Sie erläutert, dass die vorliegende Satzung der bundeseinheitlichen Empfehlung entspricht. Neben den inhaltlichen Änderungen wurde der Satzungstext geschlechtergerecht formuliert. Die Satzung und die Synopse der Änderungen wurden mit der Einladung als Anlagen versendet.

Sie erkundigt sich, ob es Fragen oder Anmerkungen gibt. Das ist nicht der Fall.

Das Präsidium hat die Satzungsänderungen in seiner Sitzung vom 3. September 2026 beraten und empfiehlt der Vollversammlung, die Satzung in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Nicole Grünewald verliest den Beschlusstext und stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 3

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt die Satzung betreffend die Schulung der Gefahrgutfahrerinnen und Gefahrgutfahrer.

Ja: 50 Enthaltung: 0 Nein: 0

3.3 Übertragung der Zuständigkeit für die IT-Überprüfung großer Versicherungsvermittler

Nicole Grünewald erläutert, dass die IHK Köln im Bereich der Versicherungsvermittlung für Erlaubniserteilung, Registerführung und laufende Aufsicht zuständig ist. Mit § 34d Abs. 13 Gewerbeordnung sind den Industrie- und Handelskammern zusätzliche Überwachungsaufgaben für große Versicherungsvermittlungsunternehmen übertragen worden. Dabei geht es um die Einhaltung europäischer Vorgaben zur digitalen operationalen Resilienz, insbesondere um IT-Sicherheit, IKT-Risiken, Notfallprozesse und die Widerstandsfähigkeit digitaler Geschäftsprozesse. Diese Aufgaben werden als „DORA-Aufsicht" bezeichnet.

Da im IHK-Bezirk Köln derzeit nur ein Versicherungsvermittlungsunternehmen betroffen ist, steht der Aufwand für den Aufbau eigener IT-Fachkompetenz für diese Aufgabe in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen. Die IHK für München und Oberbayern hat sich bereit erklärt, die DORA-Aufsicht für andere IHKs zu übernehmen. Für die Übertragung sind ein Beschluss der Vollversammlung, ein öffentlich-rechtlicher Vertrag und die Genehmigung der Rechtsaufsichten erforderlich.

Wortmeldungen erfolgen nicht und sind auf Nachfrage auch nicht gewünscht.

Nicole Grünewald verliest den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

BESCHLUSS 4

Die Vollversammlung der IHK Köln beschließt, die Aufgaben nach § 34d Abs. 13 Gewerbeordnung (GewO) auf die IHK für München und Oberbayern zu übertragen.

Ja: 46 Enthaltung: 2 Nein: 0

3.4 Gremien

3.4.1 Kooptationen in die Vollversammlung

Nicole Grünewald berichtet, dass Dietmar Zühlke die EDEKA bzw. die Handelshof Stiftung verlassen und sein Mandat in der Vollversammlung zum 31. Mai 2026 niedergelegt hat. Dadurch ist Anke Eickhoff in Wahlgruppe 9 „Groß- und Außenhandel Köln" als ordentliches Mitglied der Vollversammlung nachgerückt. Da sie bisher kooptiertes Mitglied war, ist in dieser Wahlgruppe ein Kooptationssitz frei geworden.

Sie erläutert, dass Kooptationen dazu dienen, die wirtschaftlichen Besonderheiten des IHK-Bezirks mit Blick auf Branchen, Unternehmensgrößen und Bedeutung einzelner Gewerbegruppen besser in der Vollversammlung abzubilden. Maßgeblich ist dabei die Spiegelbildlichkeit der Vollversammlung. Vorschläge zur Kooptation können gemäß § 23 der Wahlordnung durch das Präsidium oder durch mindestens acht unmittelbar gewählte Mitglieder der Vollversammlung eingebracht werden. Aus der Mitte der Vollversammlung sind keine Vorschläge eingegangen.

Das Präsidium schlägt Seniha Sahin, Geschäftsführende Gesellschafterin der Vita Pura GmbH, zur Zuwahl in die Vollversammlung vor. Die Vita Pura GmbH ist auf den Import, die Verarbeitung und den Handel mit Nüssen und Trockenfrüchten sowie daraus hergestellten Produkten spezialisiert. Ein Schwerpunkt liegt auf der individuellen Veredelung von Rohwaren nach Kundenwünschen. Mit der Zuwahl von Seniha Sahin würde die Vollversammlung um die Perspektive eines Unternehmens aus dem Groß- und Außenhandel mit Schwerpunkt B2B ergänzt. Seniha Sahin ist bereits seit Jahren regelmäßig zu Gast in der Vollversammlung.

Nicole Grünewald weist darauf hin, dass die Kooptation in geheimer Wahl erfolgt. Mittelbar gewählte Mitglieder der Vollversammlung sind bei Kooptationen nicht wahlberechtigt. Wählen dürfen nur die unmittelbar gewählten Mitglieder der Vollversammlung.

Seniha Sahin stellt sich der Vollversammlung persönlich vor. Sie ist Kölnerin und seit mehr als zwei Jahrzehnten Unternehmerin. Nach Stationen im Motorsport wechselte sie in den Foodbereich, wo sie Rohstoffe und Neuentwicklungen für die Süßwarenindustrie und Molkereien verantwortet. In diesen traditionell von Männern geprägten Branchen hat sie sich als Unternehmerin stets wohlgefühlt. Politisch ist sie nach eigenen Worten weder „rot" noch „gelb" und bekennt sich zu keiner Parteifarbe. Mit Blick darauf, was Wirtschaft und Politik den Unternehmen derzeit zumuten, merkt sie an, man müsste in der Wirtschaft eigentlich „blau" sein (im umgangssprachlichen Sinne). In der Vollversammlung will sie sich für wirtschaftliches Wachstum einsetzen und ihre unternehmerische Erfahrung einbringen.

Nicole Grünewald betont, dass die IHK Köln parteipolitisch neutral ist. Sie dankt Seniha Sahin für die Vorstellung und stellt den Beschlussvorschlag zur geheimen Wahl.

BESCHLUSS 5

Die Vollversammlung der IHK Köln wählt Seniha Sahin, Vita Pura GmbH, in Wahlgruppe 9 „Groß- und Außenhandel Köln" in die Vollversammlung der IHK Köln hinzu.

Ja: 20 Enthaltung: 10 Nein: 7

3.4.2 Video-Berichte aus den Gremien

Die Berichte aus den Gremien werden in kurzen Video-Statements präsentiert und sind auf den Webseiten der jeweiligen Gremien und unter folgendem Link abrufbar: https://www.youtube.com/watch?v=zAokwKckYM0

TOP 4 Sonstiges

Nicole Grünewald bedankt sich zunächst bei den Ausschüssen für die engagierte Arbeit und erkundigt sich nach aktuellen Themen, die nach Versand der Unterlagen Relevanz erhalten haben oder die Mitglieder der Vollversammlung ansprechen möchten.

Ernst Grigat geht auf den im letzten Protokoll angesprochenen Punkt zum Wirtschaftsforum Leverkusen ein. Frühere Mitglieder des Wirtschaftsgremiums Leverkusen wollen damit an die bisherige Arbeit anknüpfen. Sie hätten gerne das Wirtschaftsgremium beibehalten. Bei der jetzigen Beratenden Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg sieht er eine Lücke für Leverkusen. Diese soll mit dem neuen Wirtschaftsforum geschlossen werden. Ziel ist eine sachorientierte Arbeit in und für Leverkusen, gerne auch in Zusammenarbeit mit der IHK Köln, sofern dies thematisch passt.

Nicole Grünewald stellt richtig, dass die Mitglieder das Wirtschaftsgremium Leverkusen eben nicht beibehalten wollten. Vielmehr haben die Mitglieder mehrfach die Gründung einer Beratenden Versammlung gefordert. Daraufhin hat die IHK Köln auch auf Vorschlag des damaligen Geschäftsstellenleiters, Jörg Hausmann, die Beratende Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg ins Leben gerufen. Das Thema sei mit allen Beteiligten in Telefonaten und in Videokonferenzen ausführlich erörtert worden.

Die Sitzungen der Beratenden Versammlung Leverkusen/Rhein-Berg sind sehr gut besucht. Oberbürgermeister Stefan Hebbel, Landrat Arne von Boetticher und weitere kommunale Spitzen nehmen gerne teil und begleiten das Gremium sehr positiv.

Natürlich können sich Unternehmerinnen und Unternehmer auch in weiteren Kreisen austauschen. Diese sollten sich aber auch in der Namensgebung von den IHK-Gremien unterscheiden, damit es keine Verwechslungen gibt. Wichtig sei es, den Standort Leverkusen gemeinsam nach vorne zu bringen und nicht gegeneinander zu arbeiten.

Ernst Grigat unterstreicht ebenfalls, dass Kooperation das Gebot der Stunde ist.

Weitere Wortmeldungen unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges" gibt es nicht.

Anschließend weist **Nicole Grünewald** auf folgende Termine hin:

01.10.2026, 16:00 Uhr	Bestenehrung im Kölner Gürzenich
13.10.2026, 16:30 Uhr	IHK Inside in der IHK Köln
15.10.2026, 09:45 Uhr	KI to go im Smartvillage
09.11.2026, 14:00 Uhr	Tag der Sicherheit in der IHK Köln
17.11.2026, 13:00 Uhr	Tag der Energie in der IHK Köln
26.11.2026, 19:00 Uhr	Voradventliches Unternehmeressen des Netzwerks Mittelstand in der Kölner Flora
07.12.2026, 17:00 Uhr	Winter-Vollversammlung in der IHK Köln
14.01.2027, 18:00 Uhr	Neujahrsempfang der IHK Köln in der Kölner Flora

Nicole Grünewald bedankt sich bei allen Teilnehmenden für die Sitzung und verabschiedet die Mitglieder, die virtuell teilgenommen haben, sehr herzlich. Alle Anwesenden lädt sie zum anschließenden Get-together mit Imbiss im Foyer ein.

Sie schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Köln, 19. Oktober 2026

Dr. Nicole Grünewald
Präsidentin der IHK Köln

Dr. Uwe Vetterlein
Hauptgeschäftsführer der IHK Köln

Alena Rej
Protokollantin